



**Baden-Württemberg**  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART  
STEUERUNG, VERWALTUNG UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Regierungspräsidium Stuttgart · Postfach 80 07 09 · 70507 Stuttgart

Gemeinde Berglen  
Beethovenstr. 14-20  
73663 Berglen

Datum 13.06.2016  
Name Sonja Meyer  
Durchwahl +4971190411401  
Aktenzeichen 14-0430.7-2/10 Berglen  
(Bitte bei Antwort angeben)

 **Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG)**  
**Festsetzung der pauschalen Zuwendung**

**Anlagen**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
in der o.g. Angelegenheit ergeht folgender

**ZUWENDUNGSBESCHEID**

**1. BEWILLIGUNG**

**1.1 Budgetfestsetzung**

Auf die Anmeldung von Vorhaben vom 27.01.2016 wird nach der Verwaltungsvorschrift des Finanz- und Wirtschaftsministeriums und des Innenministeriums zum Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen über pauschale Zuwendungen und Zuwendungen aus dem Ausgleichstock (VwV-KInvFG) ein Budget in Höhe von

112.876,36 € - in Worten:

EINHUNDERTZWÖLFTAUSENDACHTHUNDERTSECHSUNDSIEBZIG Euro -

festgesetzt.

### **1.2 Zuwendung**

Dieses Budget wird für das in der Anlage / die in den Anlagen aufgeführte(n) Vorhaben mit den dort angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben bewilligt. Vorsteuerbeträge sind nicht zuwendungsfähig.

### **1.3 Art der Zuwendung**

Die Zuwendung wird als Projektförderung im Wege der Festbetragsfinanzierung bewilligt.

### **1.4 Finanzierung**

Zur Finanzierung wird auf die Angaben in der Anmeldung Bezug genommen.

### **1.5 Weiterbewilligung**

Der Zuwendungsempfänger kann die Zuwendung an den/die in der/den Anlage(n) genannten freien/privaten Träger weiterbewilligen. Er hat sämtliche Pflichten aus diesem Zuwendungsbescheid dem Dritten aufzuerlegen. Der Zuwendungsempfänger hat sich bei der Weiterbewilligung mit mindestens 10 % an der öffentlichen Finanzierung zu beteiligen.

### **1.6 Auszahlung**

Die Zuwendung wird auf Anforderung der Gemeinde vierteljährlich, jeweils zum 15. des zweiten Quartalsmonats ausbezahlt, soweit die Mittel zur anteiligen Begleichung erforderlicher Zahlungen des Zuwendungsempfängers benötigt werden. Nr. 1.6 und Nr. 1.7 der "Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften" (ANBest-K) sind anzuwenden.

Der Zuwendungsempfänger meldet dem Regierungspräsidium

- bis zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober eines Jahres den Finanzbedarf an, der am 15. des zweiten Quartalsmonats ausbezahlt werden soll;
- bis zum 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November eines Jahres den Finanzbedarf an, der voraussichtlich im nächsten Quartal ausbezahlt werden

soll.

Die letzten 20 v.H. der Zuwendung werden erst nach Vorlage des Verwendungsnachweises ausbezahlt.

Letzter Anforderungstermin ist der 1. Oktober 2019.

Voraussetzung für die Auszahlung ist, dass die als Anlage beigefügte ~~"Erklärung der Zuwendungsempfänger"~~ ausgefüllt und unterzeichnet an das ~~Regierungspräsidium~~ gesandt wird.

## **2. GEMEINSAME NEBENBESTIMMUNGEN**

- 2.1. Soweit dieser Bewilligungsbescheid keine abweichende Regelung trifft, gelten die "Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften" (ANBest-K). Die ANBest-K sind Bestandteil dieses Zuwendungsbescheids und sind als Anlage angeschlossen.
- 2.2. Das Regierungspräsidium behält sich vor, den Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn
  - die Zuwendungsvoraussetzungen nach dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und der VwV-KInvFG nicht vorliegen;
  - die Zuwendung nicht zweckentsprechend verwendet wurde;
  - das Bundesfinanzministerium für die in der Anlage/den Anlagen dargestellten Vorhaben eine Förderung nach dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen ablehnt oder eine gewährte Förderung vom Land zurückfordert.
- 2.3. Falls das Bundesfinanzministerium Zweifel an der Förderfähigkeit eines Vorhabens geltend macht oder es als nicht förderwürdig beurteilen sollte, kann der Zuwendungsempfänger das Vorhaben nachbessern oder gegen ein anderes Vorhaben austauschen.
- 2.4. Die Bewilligung wird insoweit gegenstandslos, als ein Vorhaben im Jahr 2018 nicht abgeschlossen wird (= Abnahme aller Leistungen).
- 2.5. Bei der Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks sind die nach dem Gemeindefinanzrecht anzuwendenden Vergabevorschriften, die

Richtlinien für die bevorzugte Berücksichtigung bestimmter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und, wenn Aufträge mit einem Gesamtauftragswert von mehr als 100 000 Euro, die überwiegend durch Zuwendungen finanziert sind, vergeben werden, die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A (VOL/A) zu beachten. Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers, aufgrund des Vierten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), den Abschnitt 2 der VOB/A bzw. den Abschnitt 2 der VOL/A sowie die Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden oder andere Vergabebestimmungen einzuhalten, bleiben unberührt.

- 2.6. Die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung(en) ist abweichend von Nr. 7.1 ANBestK unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Vorhabens dem Regierungspräsidium nachzuweisen. Dieser Nachweis ist Voraussetzung für die Abschlusszahlung.
- 2.7. Der Zuwendungsempfänger hat dem Regierungspräsidium unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn
  - mit den Vorhaben begonnen worden ist oder der Durchführungszeitraum sich erheblich verlängern wird;
  - sich die in der Anmeldung angegebenen Finanzierungsgrundlagen verändern;
  - der Verwendungszweck entfällt oder sich ändert;
- 2.8. Die Zuwendung ist / Zuwendungen sind an das Land zu erstatten, soweit der Bewilligungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht (vgl. insbesondere §§ 48, 49 und 49a LVwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird. Eine Rücknahme mit Wirkung für die Vergangenheit ist insbesondere möglich, wenn
  - die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
  - die Zuwendung nicht alsbald nach Auszahlung oder nicht mehr zur Erfüllung des Verwendungszwecks verwendet wurde oder
  - andere Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt werden, insbesondere nicht rechtzeitig der vorgeschriebene Verwendungsnachweis

vorgelegt oder Mitteilungspflichten nicht nachgekommen wird.

Ein Zuwendungsbescheid wird für die Vergangenheit unwirksam, soweit eine auflösende Bedingung eingetreten ist.

Der Erstattungsanspruch ist vom Eintritt der Unwirksamkeit an zu verzinsen. Der Zinssatz entspricht dem vom Bundesministerium der Finanzen jeweils durch Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden bekanntgegebenen Zinssatz für Kredite des Bundes zur Deckung von Ausgaben; der Zinssatz beträgt jedoch mindestens 0,1 Prozent jährlich.

- 2.9.** Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, auf die Förderung nach dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen durch den Bund auf Bauschildern und nach Fertigstellung in geeigneter Form hinzuweisen. Das Logo, Templates sowie ein Styleguide stehen auf der Internetseite <http://styleguide.bundesregierung.de> unter Print-Medien / Kampagnenlogos / Bildwortmarke "Wir fördern kommunale Investitionen" zum Download zur Verfügung. Mit dem Benutzernamen: cd\_downloads und dem Passwort: 05CDMbp erhalten Sie Zugang zum Downloadbereich.

### **3. RECHTSBEHELFSBELEHRUNG**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Verwaltungsgericht Stuttgart schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen



**1 Zuwendungsbetrag**

Im Rahmen der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen wird für das Vorhaben Barriereabbau Bushaltest.NachbarschaftsS eine Zuwendung in Höhe von

**25.076,36 € - in Worten: FÜNFUNDZWANZIGTAUSENDSECHSUNDSIEBZIG Euro -**  
bewilligt.

**2 Art, Umfang und Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben**

**Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Barriereabbau Bushaltestelle Nachbarschaftsschule - Beidseitiger Umbau

Höhe des Investitionsvolumens insgesamt	42.720,84 €
Förderfähige Kosten	42.720,84 €
dafür verwendetes Förderbudget	25.076,36 €
Eigenanteil der Kommune	17.644,48 €
Investitionshilfe aus dem Ausgleichstock 2 - KInvF-Fonds ( <i>geplant</i> )	0,00 €
Investitionshilfe aus dem Ausgleichstock ( <i>geplant</i> )	0,00 €
Beginn des Vorhabens ( <i>geplant</i> )	01.06.2016
Abschluss des Vorhabens ( <i>voraussichtlich</i> )	31.12.2016

**1 Zuwendungsbetrag**

Im Rahmen der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen wird für das Vorhaben Barriereabbau Bushaltestelle Lannerstr. eine Zuwendung in Höhe von

**27.800,00 € - in Worten: SIEBENUNDZWANZIGTAUSENDACHTHUNDERT Euro - bewilligt.**

**2 Art, Umfang und Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben**

**Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Barriereabbau Bushaltestelle Lannerstraße (vor Nettomarkt) - Beidseitiger Umbau

Höhe des Investitionsvolumens insgesamt	46.790,83 €
Förderfähige Kosten	46.790,83 €
dafür verwendetes Förderbudget	27.800,00 €
Eigenanteil der Kommune	18.990,83 €
Investitionshilfe aus dem Ausgleichstock 2 - KInvF-Fonds ( <i>geplant</i> )	0,00 €
Investitionshilfe aus dem Ausgleichstock ( <i>geplant</i> )	0,00 €
Beginn des Vorhabens ( <i>geplant</i> )	01.06.2016
Abschluss des Vorhabens ( <i>voraussichtlich</i> )	31.12.2016

**1 Zuwendungsbetrag**

Im Rahmen der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen wird für das Vorhaben Barriereabbau Bushaltestelle Erlenhof eine Zuwendung in Höhe von

**30.000,00 € - in Worten: DREISSIGTAUSEND Euro -**

bewilligt.

**2 Art, Umfang und Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben**

**Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Barriereabbau Bushaltestelle Erlenhof - Beidseitiger Umbau

Höhe des Investitionsvolumens insgesamt	50.220,88 €
Förderfähige Kosten	50.220,88 €
dafür verwendetes Förderbudget	30.000,00 €
Eigenanteil der Kommune	20.220,88 €
Investitionshilfe aus dem Ausgleichstock 2 - KInvF-Fonds ( <i>geplant</i> )	0,00 €
Investitionshilfe aus dem Ausgleichstock ( <i>geplant</i> )	0,00 €
Beginn des Vorhabens ( <i>geplant</i> )	01.06.2016
Abschluss des Vorhabens ( <i>voraussichtlich</i> )	31.12.2016



**1 Zuwendungsbetrag**

Im Rahmen der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen wird für das Vorhaben Barriereabbau Bushaltest. Vorderweißbuch eine Zuwendung in Höhe von

**30.000,00 € - in Worten: DREISSIGTAUSEND Euro -**  
bewilligt.

**2 Art, Umfang und Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben**

**Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Barriereabbau Bushaltestelle Vorderweißbuch - Beidseitiger Umbau

Höhe des Investitionsvolumens insgesamt	50.220,88 €
Förderfähige Kosten	50.220,88 €
dafür verwendetes Förderbudget	30.000,00 €
Eigenanteil der Kommune	20.220,88 €
Investitionshilfe aus dem Ausgleichstock 2 - KInvF-Fonds ( <i>geplant</i> )	0,00 €
Investitionshilfe aus dem Ausgleichstock ( <i>geplant</i> )	0,00 €
Beginn des Vorhabens ( <i>geplant</i> )	01.06.2016
Abschluss des Vorhabens ( <i>voraussichtlich</i> )	31.12.2016

## **Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K)**

Die ANBest-K enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) im Sinne des § 36 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) und ihre Erläuterung. Die Nebenbestimmungen sind Bestandteil des Zuwendungsbescheids, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Der Zuwendungsgeber behält sich vor, nachträglich eine Auflage aufzunehmen, zu ändern oder zu ergänzen.

### **1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung**

- 1.1 Die Zuwendung darf nur für den im Zuwendungsbescheid bestimmten Zweck verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
- 1.2 Der der Bewilligung zu Grunde liegende Kosten- und Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich. Die darin enthaltenen Eigenmittel und Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter) des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle zuwendungsfähigen Ausgaben einzusetzen.
- 1.3 Die Ausführung einer Baumaßnahme muss der der Bewilligung zu Grunde liegenden Planung sowie den technischen und baurechtlichen Vorschriften entsprechen. Von den Bauunterlagen darf nur abgewichen werden, soweit die Abweichung baufachlich nicht zu einer wesentlichen Änderung des Bau- und/oder Raumprogramms führt.
- 1.4 Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für zuwendungsfähige Ausgaben benötigt wird. In der Anforderung sind die erwarteten zuwendungsfähigen Ausgaben darzustellen. Sind an der Finanzierung mehrere Zuwendungsgeber beteiligt, darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendungsgeber angefordert werden.
- 1.5 Abweichend von Nummer 1.4 gilt bei Hochbaumaßnahmen, dass von der Zuwendung,
  - 1.5.1 20 vom Hundert nach Vergabe des Rohbauauftrags,

- 1.5.2 30 vom Hundert nach Vorlage der baurechtlichen Abnahmebescheinigung für den Rohbau,
- 1.5.3 40 vom Hundert nach Vorlage der baurechtlichen Schlussabnahmebescheinigung und
- 1.5.4 10 vom Hundert nach Vorlage des Verwendungsnachweises angefordert werden können;
- 1.6 Teilbeträge von weniger als 10 000 Euro werden nicht ausgezahlt.
- 1.7 Zuwendungen von nicht mehr als 25 000 Euro werden erst nach Vorlage des Verwendungsnachweises ausgezahlt.
- 1.8 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart, oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

## **2 Nachträgliche Verminderung der zuwendungsfähigen Ausgaben oder Veränderung der Deckungsmittel**

- 2.1 Wenn nach der Bewilligung
- sich die zu Grunde gelegten zuwendungsfähigen Ausgaben vermindern oder
  - sich die zu Grunde gelegten Einnahmen erhöhen oder
  - neue Deckungsmittel hinzutreten,
- ermäßigt sich die Zuwendung insoweit, als der Saldo aller Änderungsbeiträge - ohne Berücksichtigung von Eigenmitteländerungen - zu einer Verbesserung der zu Grunde gelegten Finanzierung führt, und zwar
- 2.1.1 bei Anteilsfinanzierung entsprechend dem Vomhundertsatz oder dem Anteil der Zuwendung an den zu Grunde gelegten zuwendungsfähigen Ausgaben,
- 2.1.2 bei Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung um den vollen Betrag der Finanzierungsverbesserung; bei anteiliger Fehlbedarfsfinanzierung entsprechend dem Vomhundertsatz oder dem Anteil der Zuwendung am ursprünglich zu Grunde gelegten Fehlbedarf.

- 2.2 Wenn in den Fällen der Nummer 2.1 auch nach einer Ermäßigung der Zuwendung die verbleibende Summe aller Deckungsmittel (ohne Eigenmittel) die zuwendungsfähigen Ausgaben übersteigt (Überfinanzierung), ermäßigt sich die Zuwendung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber in Höhe der Überfinanzierung.
- 2.3 Wenn bei Festbetragsfinanzierung
- 2.3.1 der Festbetrag auf das Vielfache eines Betrages, der sich für eine bestimmte Einheit ergibt, festgelegt wurde und sich dieses Vielfache nach der Bewilligung verringert, ermäßigt sich die Zuwendung entsprechend der Verringerung des Vielfachen;
- 2.3.2 alleine durch die Zuwendung des Landes und etwaige Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber eine Überfinanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben vorliegt, ermäßigt sich die Zuwendung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber in Höhe der Überfinanzierung.
- 2.4 Die Nummern 2.1 und 2.3 gelten nur, wenn die Ermäßigung der Zuwendung mehr als 2 500 Euro beträgt; bei Vollfinanzierung gelten sie uneingeschränkt.

### **3 Vergabe von Aufträgen**

- 3.1 Bei der Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks sind die nach dem Gemeindefirtschaftsrecht anzuwendenden Vergabevorschriften, die Richtlinien für die bevorzugte Berücksichtigung bestimmter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und, wenn Aufträge mit einem Gesamtauftragswert von mehr als 100 000 Euro, die überwiegend durch Zuwendungen finanziert sind, vergeben werden, die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A (VOL/A) zu beachten.
- 3.2 Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers, aufgrund des Vierten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), den Abschnitt 2 der VOB/A bzw. den Abschnitt 2 der VOL/A sowie die Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden oder andere Vergabebestimmungen einzuhalten, bleiben unberührt.

#### **4 Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworbene oder hergestellte Gegenstände**

Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht anderweitig verfügen.

#### **5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**

5.1 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich dem Zuwendungsgeber anzuzeigen, wenn

5.1.1 er nach Antragstellung/Bewilligung bzw. nach Vorlage des Verwendungsnachweises weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er weitere Mittel von Dritten erhält,

5.1.2 der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen; hierzu gehört auch eine Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben oder eine Veränderung der Deckungsmittel (vgl. insbesondere Nummer 2),

5.1.3 sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,

5.1.4 die ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten für zuwendungsfähige Ausgaben verbraucht werden können;

5.1.5 Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden.

5.2 Bei Baumaßnahmen mit einer Rechnungslegung gemäß Nummer 6.2 ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, die ihm vom Zuwendungsgeber ggf. benannte fachtechnische Dienststelle rechtzeitig über die erstmalige Ausschreibung und Vergabe, den Baubeginn und die Beendigung der Baumaßnahme zu unterrichten.

## **6 Rechnungslegung bei Baumaßnahmen**

- 6.1 Der Zuwendungsempfänger muss durch eine Baurechnung (vgl. Nummer 6.2) Rechnung legen. Besteht die Baumaßnahme aus mehreren Bauobjekten/Bauabschnitten, sind getrennte Baurechnungen zu führen.
- 6.2 Die Baurechnung besteht aus
  - 6.2.1 dem Sachbuch (§ 28 Gemeindekassenverordnung - GemKVO) oder dem Bauausgabebuch (bei Hochbauten nach DIN 276 in der jeweils geltenden Fassung gegliedert, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Zuwendungsbescheids); eine gesonderte Buchführung ist nicht erforderlich, wenn die Einnahmen und Ausgaben für die Baumaßnahme von anderen Buchungsvorfällen getrennt nachgewiesen werden, die Nachweise den Inhalts- und Gliederungsansprüchen der DIN 276 entsprechen und zur Prüfung der Baurechnung beigelegt werden können;
  - 6.2.2 den Rechnungsbelegen,
  - 6.2.3 den Abrechnungszeichnungen und Bestandsplänen,
  - 6.2.4 den Verträgen über die Leistungen und Lieferungen mit Schriftverkehr,
  - 6.2.5 den baurechtlichen Genehmigungen, den Prüf- und Abnahmebescheinigungen,
  - 6.2.6 dem Zuwendungsbescheid und den Schreiben über die Bereitstellung der Mittel,
  - 6.2.7 den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrunde gelegten Bauunterlagen,
  - 6.2.8 der Gegenüberstellung der ausgeführten Flächen und des Rauminhalts mit der Flächenberechnung des Zuwendungsantrags.
- 6.3 Die Rechnungslegung durch eine Baurechnung ist nicht erforderlich,
  - 6.3.1 bei Festbetragsfinanzierung,
  - 6.3.2 bei der Bemessung des Umfangs der zuwendungsfähigen Ausgaben nach festen Beträgen oder Richtwerten,

- 6.3.3 wenn der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers 50 vom Hundert der zuwendungsfähigen Ausgaben des Kosten- und Finanzierungsplans nicht unterschreiten wird, oder
- 6.3.4 wenn die für die Baumaßnahme von Bund und Ländern bewilligten Zuwendungen zusammen 500 000 Euro nicht übersteigen.

## **7 Verwendungsnachweis**

- 7.1 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von einem Jahr nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch ein Jahr nach Ablauf des Bewilligungszeitraums der im Zuwendungsbescheid angegebenen Stelle nachzuweisen (Verwendungsnachweis).
- 7.2 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Auf die Vorlage der Bücher und Belege wird verzichtet. Ggf. ist die Prüfbescheinigung einer eigenen Prüfungseinrichtung des Zuwendungsempfängers beizufügen.
- 7.3 Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden, die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.
- 7.4 Im Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen. Auf den vorherigen Sachbericht kann Bezug genommen werden, wenn dieser die Verwendung der Zuwendung und das erzielte Ergebnis auch für den neuen Bewilligungszeitraum zutreffend darstellt. Daneben ist die Erfüllung der im Zuwendungsbescheid festgelegten Erfolgskriterien oder Kennzahlen darzulegen, soweit sich dies nicht bereits aus der Darstellung nach Satz 1 ergibt.
  - 7.4.1 Soweit baufachtechnische Dienststellen des Zuwendungsempfängers beteiligt waren, sind die Berichte dieser Stellen beizufügen.
  - 7.4.2 Bei Baumaßnahmen besteht der Sachbericht aus der Erklärung, wann die Baumaßnahme begonnen und wann sie abgeschlossen wurde, sowie aus der Zusicherung, dass die Baumaßnahme entsprechend den im Zuwendungsbescheid getroffenen Bestimmungen durchgeführt worden ist. Abweichungen im Rahmen der Nummer 1.3 sind gegebenenfalls besonders

zu erläutern. Die Erfüllung von im Zuwendungsbescheid besonders festgelegten Erfolgskriterien oder Kennzahlen ist nachzuweisen.

- 7.5 Im zahlenmäßigen Nachweis sind alle eingesetzten Eigenmittel, Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des der Bewilligung zu Grunde gelegten Kosten- und Finanzierungsplans summarisch auszuweisen. Besteht die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz, sind nur die Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) nachzuweisen.
- 7.6 Bei Baumaßnahmen ist als zahlenmäßiger Nachweis eine den Inhalts- und Gliederungsansprüchen der DIN 276 entsprechend summarische Darstellung der Einnahmen und Ausgaben und eine Berechnung entsprechend Nummer 6.2.8 beizufügen. In der summarischen Darstellung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben und die damit in Zusammenhang stehenden Einnahmen besonders zu kennzeichnen. Die Summe der zuwendungsfähigen Ausgaben ist den Deckungsmitteln (vgl. auch Nummer 1.2) gegenüberzustellen.
- 7.7 Darf der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Zuwendungszwecks die Zuwendung an Dritte als weitere Zuwendungsempfänger weitergeben, muss er die Weitergabe davon abhängig machen, dass die empfangenden Stellen Belege und Verträge sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen entsprechend den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) aufbewahren und ihm gegenüber Verwendungsnachweise mit Belegen und Verträgen entsprechend den ANBest-P erbringen. Diese Nachweise sind dem Verwendungsnachweis nach Nummer 7.1 beizufügen.

## **8 Prüfung der Verwendung**

- 8.1 Der Zuwendungsgeber ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Unterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung auch im Rahmen einer begleitenden und/oder abschließenden Erfolgskontrolle durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. In den Fällen der Nummer 7.7 sind diese Rechte auch den Dritten gegenüber auszubedingen.



8.2 Der Rechnungshof ist berechtigt, beim Zuwendungsempfänger zu prüfen (§ 91 LHO).

## **9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**

9.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht (vgl. insbesondere §§ 48, 49, 49 a LVwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.

9.2 Eine Rücknahme mit Wirkung für die Vergangenheit ist insbesondere möglich, wenn die Zuwendung durch Angaben erwirkt worden ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren.

9.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit ist möglich, wenn der Zuwendungsempfänger

9.3.1 die Zuwendung nicht, nicht alsbald nach Auszahlung (vgl. Nummer 5.1.4) oder nicht mehr zur Erfüllung des Zweckes verwendet oder

9.3.2 andere Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nummer 5) nicht rechtzeitig nachkommt.

9.4 Ein Zuwendungsbescheid wird für die Vergangenheit unwirksam, soweit eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z. B. nachträgliche Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben oder Veränderung der Deckungsmittel nach Nummer 2).

9.5 Der Erstattungsanspruch ist vom Eintritt der Unwirksamkeit an entsprechend den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu verzinsen (vgl. auch § 49 a LVwVfG).

9.6 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung für zuwendungsfähige Ausgaben oder entsprechend weiteren Auflagen (z. B. Berücksichtigung von Eigenmittel und Einnahmen nach Nummer 1.2) verwendet und wird der Zuwendungsbescheid trotzdem nicht widerrufen, können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen entsprechend den jeweils geltenden gesetz-

lichen Bestimmungen verlangt werden (vgl. auch § 49 a LVwVfG und Nummer 9.5).

## **10 Besonderer Widerrufsvorbehalt, Begrenzung der Zuwendungsverpflichtung**

10.1 Der Zuwendungsgeber behält sich vor, den Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn die Zuwendung nicht bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums in Anspruch genommen wird.

10.2 Aus der Zuwendungsbewilligung kann nicht geschlossen werden, dass auch in künftigen Haushaltsjahren mit einer Zuwendung im bisherigen Umfang gerechnet werden kann. Mit der Bewilligung ist keine Verpflichtung des Zuwendungsgebers verbunden, gegen den Zuwendungsempfänger gerichtete Ansprüche aus Rechtsverhältnissen, die sich über den Zuwendungszweck oder den Bewilligungszeitraum hinaus erstrecken, durch Zuwendungen abzudecken.